



Thesen- und Themenpapier

Was bereitet den Organisationen des Bündnisses „Dienst-Tag für Menschen“ angesichts der Rahmenbedingungen und der Personalnot momentan am meisten Probleme?

Schwesternschaft München vom BRK e.V.

1. Fachkräftethematik

Die anhaltende Ressourcenknappheit führt dazu, dass in allen Versorgungsbereichen (akut-, langstationär, ambulanter Bereich) Patient*innenversorgung eingeschränkt werden muss. Denn eine sichere und qualitativ angemessene Versorgung bedarf einer adäquaten Anzahl an qualifizierten Pflegepersonen, die nicht mehr überall gegeben ist.

2. Fehlendes Bewusstsein für die Schlüsselrolle professioneller Pflege

Offensichtlich ist es noch nicht geglückt –trotz weltweiter Pandemie, Krisen und Fachkräftemangel- die Schlüsselrolle, die Pflegefachpersonen bei der Gesundheitsversorgung einnehmen, deutlich zu machen. Professionelle Pflege ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unverzichtbar, weil sie Gesundheit, Würde und Wohlbefinden der Menschen in ihren schwächsten Momenten sichert. Die mangelnde Anerkennung einerseits und Ressourcenverschwendung andererseits kann sich unser Gesundheitssystem in der gegenwärtigen Situation keinesfalls leisten.

Caritasverband Stadt und Landkreis Würzburg e.V.

Ambulante Pflege und pflegende Angehörige sind systemrelevant. Das Risiko ihres Scheiterns tragen Gesellschaft, Arbeitgeber von pflegenden Angehörigen und Staat.

Es ist ein Paradigmenwechsel in der Zielstellung und Ausrichtung ambulanter Pflegedienste notwendig. Damit verbunden ist ein tiefgreifender Transformationsprozess ambulanter Pflegedienste weg vom „Dienstleistungserbringer Pflege und Betreuung“ hin zu einem „Kompetenzzentrum für Gesundheit, Pflege und Beratung“. Dies bedeutet, dass sämtliche Unterstützungsmöglichkeiten im Quartier erschlossen werden und somit dem Prinzip der geteilten Verantwortung Vorschub geleistet wird. Ein Stichwort ist hier beispielsweise die neue Nachbarschaftshilfe.

Es muss eine Rechtssicherheit für Betreuungskräfte in Privathaushalten (Live-Ins) geschaffen werden. Sowie eine finanzielle Entlastung der Pflegehaushalte, wenn sie qualitätsgesicherte Angebote nutzen. Nur so können illegale und prekäre Beschäftigung zurückgedrängt werden.

Mainfränkische Werkstätten GmbH

Aufgrund des erheblichen Personalmangels mussten wir bzw. unsere Tochtergesellschaft, die Lebenshilfe Wohnstätten GmbH Mainfranken, zum 01.04.2023 die Gruppe 2 (12 Bewohner*innen) in der Wohnstätte Wimbornerstr. in Ochsenfurt temporär schließen. Die Bewohner*innen mussten auf andere Wohnstätten/Gruppen aufgeteilt werden bzw. müssen von den Eltern zu Hause betreut werden.

Es fehlen 200 Wochenstunden von Fachkräften. Zuvor haben wir den Dienst nur mit Unterstützung unserer Fachdienste, Sonderstellen und Wohnstättenleitungen aufrechterhalten können. Leider konnten wir die Gruppe bis heute nicht eröffnen und hoffen, nicht weitere schließen zu müssen.

Die Menschen mit Behinderung haben massiv unter den Auswirkungen zu leiden! Der Fachkräftemangel darf nicht dazu führen, dass die fachlichen Standards abgesenkt werden und v. a. die Menschen mit Behinderung nicht

Rummelsberger Diakonie - Hilfen für Menschen im Alter

wir haben einen Pflegefachkraftmangel und können daher keine Betten in unsere Einrichtung zur Verfügung stellen (obwohl wir freie haben) aber da wir sonst unsere FKQ unterschreiten dürfen wir nicht. Haben eine PFK die seit über 1 Jahr versucht Ihre Anerkennung zu erhalten. Der Aufwand der dafür notwendig ist und auch die Kosten die da entstehen ist nicht nachvollziehbar. Alles übersetzt und beglaubigt an die Regierung geschickt um dann nach mehreren Nachfragen zu hören das dies in eine zweite Instanz weiter geleitet werden muss und alle Notwendigen Unterlagen erneut übersetzt und beglaubigt eingereicht werden müssen. Meine Mitarbeiterin verliert die Kraft gegen das System zu kämpfen. Das Anerkennungsverfahren muss unkomplizierter und schneller gehen.

Rummelsberger Diakonie - Hilfen für Menschen mit Behinderung

Einzelfall: Vater der seinen geistig behinderten Sohn über 1 Jahr aufgrund von fehlenden Plätzen nicht in eine Einrichtung vermitteln kann, muss ihn zu Hause betreuen. Dies führte dazu, dass er nicht mehr seinem Beruf nachgehen konnte -> unbezahlter Urlaub, beinahe Kündigung, leben von finanziellen Reserven.

Aufgrund fehlender Betreuungsplätze zurückzuführen auf Personalnot rutschen Angehörige in die Arbeitslosigkeit und Armut.

Menschen mit geistiger Behinderung finden nur in Psychiatrischen Krankenhäusern einen „Wohnplatz“ aufgrund von Einweisungen. -> Sind Krankenhäuser ein geeigneter langfristiger Wohnraum, wir glauben nein!

Laut BTHG besteht ein Wunsch- und Wahlrecht auf einen geeigneten Unterbringungsplatz -> keine freien Plätze bedeutet keine Wahl!

Nach § 104 SGB IX muss Wünschen des Leistungsberechtigten entsprochen werden, wenn diese angemessen sind.

Personalnot in Einrichtungen (übergreifend):

Hohe Arbeitsanforderungen (Belastung, viel Einspringen, kaum planbare Freizeit) macht krank. Bin ich krank brauche ich Pflege. -> mehr Arbeit für die Pflege durch die Pflege?!

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) lässt sich in Bayern nur schwer und zögerlich umsetzen, die besseren Bedingungen für die betroffenen Menschen - bis hin zum Wunsch - und Wahlrecht sowie personenzentrierte und passgenaue Hilfen sind in der Praxis derzeit nicht erkennbar, alles steht unter dem Refinanzierungsvorbehalt der 7 bayerischen Bezirke.

Jakob-Riedinger-Haus

Wohnheim und Wohnpflegeheim für Menschen mit Körperbehinderung, Würzburg (Behinderungspflege)

Für unsere Einrichtung wurden auf Grund der Nachfrage/des großen Bedarfs im Zuge eines Ersatzneubaus zusätzliche Plätze geschaffen und stehen zur Verfügung. Dieser Bedarf ist auch aktuell insbesondere für Wohnpflegeheimplätze groß. Häufige Anfragen verzweifelt suchender Angehöriger von betroffenen Personen zeigen dies immer wieder.

Leider können wir diesen Nachfragen nicht nachkommen, da auch wir zu wenig Fachkraftpersonal haben. Bedingt durch diesen Pflegenotstand müssen wir schweren Herzens immer wieder Absagen an verzweifelte Angehörige erteilen. Für die Behindertenpflege bestehen an sich bei uns bzw. in unserer Gesellschaft gute Voraussetzungen, diese können durch den Pflegenotstand bedauerlicherweise jedoch nicht mehr bedient werden. Der hohe Standard nützt den Betroffenen dann leider nichts, wenn diese auf Grund des Fachkräftemangels keinen Heimplatz bekommen. Daher muss der Stellenwert des in der Pflege tätigen Personals bzw. die Anerkennung und Bedeutung der Pflege für die Gesellschaft deutlich steigen.

Caritasverband für die Diözese Würzburg e.V.

Die Einrichtungen der (voll- und teil-)stationären Altenhilfe weisen in hoher Anzahl eine geringe Auslastungsquote/Belegung auf. Folglich entsteht eine Lücke in der Refinanzierung und Einrichtungen geraten zunehmend in finanzielle Schieflage. Dies bestätigen die Ergebnisse der verbändeübergreifenden Abfrage der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege:

(Voll)stationäre Pflege

Für die (voll)stationäre Pflege lag die durchschnittliche Belegung sowohl zum Stichtag 01.06.2023 als auch im Jahr 2022 bei 93 %. Dabei gab es bei den einzelnen Pflegeeinrichtungen Unterschiede zwischen dem 01.06.2023 und dem Jahr 2022.

Die niedrigste Belegung lag im Jahr 2022 bei 42% und 2023 bei 50%. Die höchste Belegung lag sowohl 2022 als auch zum Stichtag 01.06.2023 bei 100 %.

Teilstationäre Pflege

Für die teilstationäre Pflege lag die durchschnittliche Belegung zum Stichtag 01.06.2023 bei ca. 81 %, dabei schwankte die durchschnittliche Belegung zwischen 17% und 100%.

Im Jahr 2022 lag die durchschnittliche Belegung bei 73 %. Hier schwankte die durchschnittliche Belegung zwischen 7 und 100 %.

Da die Faktoren für diese Umstände oftmals nicht kalkulierbar/steuerbar sind (z.B. Aufnahmestopp aufgrund Personalmangel/Einhaltung Fachkraftquote, Fluktuation bei Bewohnern/Tagesgästen, Verschiebungen von Kurzzeitpflegen nach KH-Aufenthalt, Umbaumaßnahmen), bedarf es der staatlichen Unterstützung bzw. ist dies flexibel in den Pflegesatzverhandlungen zu berücksichtigen. Wir plädieren daher für die Einführung von finanziellen „Rettungsschirmen“ zur Überwindung derartiger Herausforderungen. Ein Wegfall weiterer Pflegeplätze ist gesellschaftlich nicht tragbar.

Arche

Notlage-Personalmangel:

Enorme Krankmeldungen von den Mitarbeitern nicht nur die in der Pflege, sondern auch von der Betreuung, Servicebereich und Hauswirtschaft. Stundenlange Suche nach dem Ersatz für den erkrankten MA, da bleibt natürlich andere Arbeit liegen. Dadurch leiden die Dokumentation und Versorgung von Bewohnern.

MDK und Heimaufsicht:

Die Prüfungen verlaufen in sehr kalte Atmosphäre. Die Mitarbeiter des Medizinischen Dienstes der Pflegekassen und der FQA Landkreis Würzburg sehen nur Mängel.

Sie kommen in sehr große Anzahl (bis zu 8 Prüfern in einem 38 Betten Haus!), was die Abläufe in den Einrichtungen völlig durcheinander bringt, und bei den Mitarbeitern zu „Wutausbrüchen und Resignation“ führt.

Betreuung von Bewohnern:

Das was Positives. Trotz großen Krankheitswellen versuchen die MA immer für BW da zu sein. Haben immer wieder gute Ideen, was man mit BW unternehmen kann.

Angehörigen:

Angehörige werden immer wieder mit ins Boot genommen, wollen das auch. Bitten ihre Hilfe so weit es geht.

Stiftung Bürgerspital

Bettenleerstand trotz hoher Nachfrage

Täglich müssen in jeder unserer Einrichtungen zahlreiche Anrufer enttäuscht werden, die verzweifelt auf der Suche nach einem Pflegeplatz für ihre Angehörigen sind. Wir können aufgrund des Personalmangels in der Pflege längst nicht mehr Zimmer in den Senioreneinrichtungen der Stiftung Bürgerspital belegen. Auch dringend pflegebedürftigen Patienten aus Krankenhäusern können nicht mehr die benötigten Pflegeplätze zur Verfügung gestellt werden. Daraus folgt wiederum eine unnötige Besetzung der Kapazitäten der Krankenhäuser, die dringend für andere Patienten benötigt werden. Zu wenig Personal in der Pflege gefährdet die Versorgungssicherheit auf verschiedensten Ebenen.

Darüber hinaus führt Leerstand zu Defiziten, die von den Einrichtungen und den Trägern nicht dauerhaft ausgeglichen werden können.

Leiharbeit passt nicht in die Pflege

Eine Besetzung freier Stellen durch Mitarbeitende von Leiharbeitsfirmen verbietet sich aus mehreren Gründen.

Wegen des extremen Personalmangels verlangen Leiharbeitsfirmen enorm hohe Preise für eine Kraft pro Monat; es werden beispielsweise Angebote unterbreitet, nach denen ein Betrag von 15.000 € pro Monat zu zahlen sind. Nicht eingeschlossen sind Nachtdienste sowie Arbeit an den Wochenenden oder an Feiertagen; auch eine kurzfristige Vertretung im Krankheitsfall ist nicht vorgesehen. Solche Kosten sind durch keinen Pflegesatz gedeckt und können daher nicht bezahlt werden. Darüber hinaus schafft die Tatsache, dass Leiharbeitskräfte keine Dienste zu den weniger beliebten Zeiten übernehmen, Unruhe und Unmut beim Stammpersonal, da diese Dienste umso mehr von ihnen übernommen werden müssen. Dazu kommt, dass die Bewohnerinnen und Bewohner in den Pflegeeinrichtungen leben und dort zu Hause sind. Deshalb und umso mehr bei Demenzerkrankungen sind Bezugspersonen wichtig. Dies ist mit häufig wechselndem Personal von Leiharbeitsfirmen nicht zu gewährleisten. Die höheren Gehälter, die von Leiharbeitsfirmen bezahlt werden können, und die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen führen zu weiteren Kündigungen und einer Abwanderung zu diesen Unternehmen.

Einwanderung von ausländischen Pflegekräften

Die Einwanderung von Pflegekräften aus dem Ausland gestaltet sich als zu komplizierter und langwieriger Prozess. Diese Komplexität und die langen Verfahrensdauern verhindert, dass durch ausländische Arbeitskräfte die Lücke am Arbeitsmarkt verringert werden kann. Dies gilt auch für Menschen, die in ihrem Heimatland noch keine Ausbildung in einem pflegenden Beruf gemacht haben, sondern ihre Ausbildung in Deutschland beginnen und erfolgreich abschließen wollen. Selbst mit intensiver Unterstützung durch Mitarbeiter der Stiftungsverwaltung ist es für ausländische Arbeitskräfte nur schwer möglich die bürokratischen Hürden bei VISA-Erteilung und Arbeitsgenehmigungen zu meistern. Die Rekrutierung von Mitarbeitenden aus dem Ausland ist ein wichtiger Baustein der Fachkräftegewinnung und muss vereinfacht werden.

St. Josefsstift Eisingen

Bedrohte Heimplätze am Untermain

In der Wohnpflege schlägt der Fachkräftemangel besonders hart zu. In unserem Wohnheim in der Josef-Dinges-Straße kämpfen wir derzeit mit allen Mitteln darum, die Betreuung aufrechtzuerhalten. Wenn sich an der Situation nichts verbessert, ist die Kündigung von Heimverträgen absehbar. Teils sind Bewohner:innen schon in eins unsere anderen Wohnheim in Aschaffenburg umgezogen, andere wohnen vorübergehend wieder zu Hause bei den Eltern. Eine enorme Belastung für alle Angehörigen, von denen einige auch selbst schon älter sind. Auch die Lebenspläne von Angehörigen werden durch die aktuelle Situation durchkreuzt.

Hohe Arbeitsbelastung überall

Mitarbeitende tun alles, um Bewohner:innen so gut es geht zu begleiten. Erschöpfung und Frustration sind aber mittlerweile ständige Begleiter – insbesondere in den stark betroffenen Bereichen wie Wohnpflege, aber auch allgemein.

Ordnungsrecht/FQA

Aus unserer Sicht braucht es ein gesondertes Ordnungsrecht für die Eingliederungshilfe. Das aktuelle Ordnungsrecht ist auf stationäre Pflegeeinrichtungen zugeschnitten und entspricht nicht den Gegebenheiten der Eingliederungshilfe und den Zielen des BTHG. Es macht es zum Beispiel schwer bis unmöglich, die verfügbaren Fachkräfte im besten Sinne für Klient:innen und eine qualitative Begleitung einzusetzen (z.B. leidet die pädagogische Arbeit durch das Abziehen von Fachkräften von Tagesschichten in Nachtschichten). Das Auftreten der FQA (LK Würzburg) verschärft die schwierige Lage – es wird ohne Rücksicht auf Maßnahmen gepocht, die auf stationäre Pflegeeinrichtungen zugeschnitten, in der Eingliederungshilfe aber weder sinnvoll noch mit der Realität vereinbar sind und. Negative Konsequenzen solcher Maßnahmen werden ausgeblendet und interessieren nicht. Die Herangehensweise, Einstellung und Kommunikation der FQA ist äußerst fraglich.

BTHG

Die aktuelle Situation entwickelt sich teilweise konträr zum BTHG, mitunter auch durch mangelnde Refinanzierungsmöglichkeiten. Wunsch- und Wahlrecht kann nicht mehr gewährt werden, zudem wird eine Homogenisierung durch mangelnde Finanzierungsmöglichkeiten gefördert anstatt abgebaut.

Stiftung Juliusspital Würzburg

1. Hohe Belastung durch überbordende Bürokratie. Diese muss endlich abgebaut werden!

Konkret:

- Abschaffen der Genehmigungspflicht von Krankentransportfahrten von Heimbewohnern

- Abschaffen der Genehmigungspflicht von Medikamenten- und Hilfsmittelzahlungen für Heimbewohner
- Abschaffen der unterschiedlichen Rabatt- und Kooperationsverträge jeder einzelnen Kasse mit Leistungserbringern aus dem gesamten Bundesgebiet

2. Bundesweite Werbung für helfende Berufe

Konkret:

- Bundesweite Personal- Gewinnungskampagne und –Rückgewinnungskampagne
- Darlegung der guten Bezahlung in der Ausbildungszeit und im Pflegeberuf

3. Signal für die Zukunft

Konkret:

- Wir brauchen dringend das Signal der Politik für die Einführung der 35-Stundenwoche in den helfenden Berufen
- Mittelfristige Umsetzung verhindert kurzfristigen Mehrbedarf und animiert Nachwuchskräfte

4. Verpflichtendes soziales Jahr

Konkret:

- Wir unterstützen den Vorschlag des Bundespräsidenten für die Einführung eines verpflichtenden sozialen Jahres
- Dadurch werden viele Menschen an die helfenden Berufe herangeführt.

Blindeninstitutsstiftung

Im Blindeninstitut Thüringen ist jeder vierte Fachkräfte-Arbeitsplatz momentan unbesetzt. Für Klient*innen, die das Schulalter überschreiten, können keine Plätze im Erwachsenenwohnen angeboten werden, weil das Personal für neue Gruppen fehlt. Viele von ihnen müssen daher zurück ins Elternhaus. Zudem können einige Dienste nicht aufrechterhalten werden.

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Unterfranken e. V.

1. Personalnot verhindert die Versorgung von zu Pflegenden.
2. Personalnot führt zu massiven wirtschaftlichen Problemen, da leerstehende Betten in noch nie dagewesenen Umfang defizitäre Einrichtungen zur Folge haben.
3. Wohnortnahe Einrichtungen im ländlichen Raum müssen geschlossen werden.
4. Die Gesamtsituation führt bei den verbliebenen Mitarbeitern zu Resignation, da außer Verständnis und Zustimmung keine spürbaren Maßnahmen der Politik oder Kostenträger erfolgen, um die Situation zu verbessern.
5. Das oft grundsätzlich misstrauische und herablassende Verhalten von Mitarbeitern der FQA und deren oft auch fachlich veraltetes Wissen lässt Pflegekräfte resignieren und aus dem Beruf aussteigen.
6. Ausländische Fachkräfte können nicht verbindlich ins Land geholt werden. Die bürokratischen Hürden lassen, trotz enormer Anstrengungen, die Arbeitgeber häufig zwei Jahre oder länger auf Mitarbeiter warten.
7. Zeitarbeit lässt die Qualität der Pflegeleistungen in den stationären Einrichtungen massiv sinken. Vorhandene Mitarbeiter fühlen sich als Lückenbüßer und schlechter gestellt. Unzufriedenheit im Team sind die Folge. Die Kosten der Mitarbeit aus der Zeitarbeit stehen in keinem Verhältnis (ca. 15,000,- € pro Vollzeitstelle/ monatlich) zur Leistung und ruinieren mittelfristig die Träger.
8. Auch langjährige Führungskräfte sind am Ende ihrer Kräfte und steigen aus dem Beruf aus. Resignation und Wut auf die Gesellschaft wegen deren langjährige Ignoranz der Problematik sind

immer häufiger die Ursache. Diese werden aber dringend gebraucht. Nicht vorhandene oder schlechte Führung beschleunigen den Prozess von Unterversorgung der zu pflegenden Menschen.